
10705/J XXIV. GP

Eingelangt am 23.02.2012

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

des Abgeordneten Doppler
und weiterer Abgeordneter

an den Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend

betreffend Register gegen Kindesmisshandlung

Unter der Nummer 9490/J richtete ich folgende Anfrage an den Herrn Bundesminister für Gesundheit:

„*Zum Schutz von Babys, Kleinkindern und Kindern gegen Gewalt durch Angehörige und Erzieher fordern Österreichs Unfallchirurgen nun vehement ein zentrales Register mit „Vorgeschichten“ von Betroffenen. Damit wollen sie den Kampf gegen Misshandlungen verstärken*“, war unlängst auf orf.at zu lesen.

Dieses zu schaffende Register müsste allerdings auch durch gesetzlichen Zwang geführt und genutzt werden.

Spitals-Hopping und fehlende elektronische Vernetzung über die einzelnen Krankenhäuser, über Krankenträger und Bundesländergrenzen hinweg, mache die Abklärung von Verdachtsmomenten für die erstbehandelnden Unfallchirurgen extrem schwierig. Ebenso wäre die Anforderung eines gerichtsmedizinischen Befundes zur schnellen Abklärung von eventuell auf Misshandlungen zurückzuführende Verletzungen derzeit für Unfallchirurgen unmöglich.

Die Begleitpersonen wären nicht nur eventuell die Erziehungsberechtigten, sondern gleichzeitig oft auch die Täter, welche den Unfallhergang verschleierten.

Schließlich wären in dieser Causa fünf Ministerien und die Datenschützer des Bundeskanzleramtes beteiligt.

„*Es hat sich in den letzten zwei Jahren nicht wahnsinnig viel getan. Sollte sich nicht ein gestandener Politiker mit mehr als einem Jahr ‚Halbwertszeit‘ des Themas annimmt, wird sich nichts tun*“, wurde auf orf.at ein Mediziner der Österreichischen Gesellschaft für Unfallchirurgie zitiert. Den Ankündigungen von Schritten vor zwei Jahren - damals gab es gerade einen spektakulären Fall – wäre kaum mehr etwas gefolgt.“

In der Anfragebeantwortung 9370/AB teilte uns der Herr Bundesminister für Gesundheit mit:

„ (...) **Die Anfrage bezüglich Kinder-Gewaltschutzregister wäre daher an den Herrn Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend zu richten.** (...)“

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend folgende

Anfrage

1. Wie ist der derzeitige Stand der Beratungen hinsichtlich einer Einführung eines "Registers gegen Kindesmissbrauch"?
2. Seit wann wird über die Einführung eines solchen Registers beraten?
3. Wer war/ist in diese Beratungen involviert?
4. Wann wird voraussichtlich ein derartiges Register eingeführt werden?
5. Wo soll ein derartiges Register installiert werden?
6. Wer soll Zugriff auf die in diesem Register befindlichen Daten haben?
7. Welche Daten sollen in diesem Register aufgenommen werden?
8. Wie lange sollen diese Daten gespeichert werden?
9. Sollen Gerichtsmediziner künftig Unfallchirurgen auf deren Anforderung direkt bei einer Befunderstellung unterstützen?
10. Wenn ja, ab wann?
11. Wenn nein, warum nicht?
12. Soll es einen gesetzlichen Zwang geben dieses zu schaffende Register zu führen/zu nutzen?
13. Wenn ja, in welcher Form?
14. Wenn nein, warum nicht?